

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsbuchhandlung
Göttingen-Zürich.
Postsendungen
franco gegen franco
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Dierteljahrspreis von:
Fr. 2 — für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3 — für Deutschland (Gauert)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gauert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Inserate
die bezugsfähige Zeitstelle
25 Lit. — 20 Pfg.

№ 40.

Donnerstag, 2. Oktober.

1884.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezu. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Vorkehrungsmaßregel vernachlässigt werden. Die Briefmarken über den äußeren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu tilgen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterfordernis ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst zuverlässige Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich demnach geduldige Einarbeitung. Soweit an uns liegt, werden wir grüßlichst weber Mühe noch Kosten sparen um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteienoffen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Was wollen die verschiedenen Parteien?

Wenn gleich wir bei unseren Lesern voraussetzen dürfen, daß sie längst wissen, wie sie sich bei der bevorstehenden Reichstagswahl zu verhalten haben, so halten wir doch eine nochmalige Umschau über das eigentliche Wesen der verschiedenen um die Stimmen der Wähler werbenden Parteien für durchaus am Platze. Es handelt sich ja bei der Wahl nicht nur darum, wie wir überzeugte Sozialdemokraten stimmen, sondern auch darum, wie wir die Gegner am wirksamsten bekämpfen, ihnen in der Agitation am erfolgreichsten entgegenzutreten können. Dazu bedarf es in erster Reihe voller Klarheit darüber, was die verschiedenen Parteien, die ja sammt und sonders das Wohl des gesammten Volkes im Auge zu haben behaupten, in Wirklichkeit wollen und erstreben.

Lassen wir sie also vor unserem kritischen Auge Revue passieren.

Was wollen die Konservativen?

Die Konservativen sind die Vertreter des sogenannten besitzten Grundbesitzes oder auch des Großgrundbesitzes überhaupt. Sie wollen deshalb dem Großgrundbesitz eine möglichst privilegierte (bevorrechtete) Stellung im Staate eingeräumt wissen, ihn von allen Lasten soviel als möglich befreien. Sie wollen ferner ein unterwürfiges Landarbeiterproletariat; und da die Arbeiter um so unterwürfiger sind, je weniger sie Gelegenheit haben, sich ihrem Arbeitsverhältnis zu entziehen, so sind die Konservativen grundsätzliche Gegner der Freizügigkeit. Wo sie können, suchen sie vorderhand ihre Arbeiter durch angebliche Wohlfahrtsmaßnahmen sehnlich zu machen: durch Zuweisung eines Stückchens schlechten Ackers, das der Arbeiter selbst bebauen darf und dessen Ertrag ihm vom Lohne abgezogen wird, sowie durch ähnliche Einrichtungen.

Da die Kirche die Unterwürfigkeit vor Gott und der Obrigkeit lehrt und auch sonst redlich bemüht ist, das selbstständige Denken zu verhindern (Luther spricht von der Hure Vernunft!), so sind die Konservativen auch für alle möglichen Privilegien der Kirche und gegen jede Reform der Volksschule, die sie am liebsten ganz beseitigen möchten.

Mit den Großgrundbesitzern gemeinsam kämpfen in der konservativen Partei diejenigen Elemente, die gleich ihnen der modernen Entwicklung feindselig gegenüberstehen, wie z. B. diejenigen Handwerker und Kleingewerbetreibenden, die sich einbilden, etwas Besseres zu sein als die Arbeiter, und dieselben daher durch künstliche Einrichtungen von sich direkt abhängig machen wollen. Weiter gehen mit den Konservativen diejenigen Bauern, die noch den alten Haß gegen die städtische Entwicklung haben. Desgleichen diejenigen Großindustriellen, welche, wie Dönnberg, Maschinenfabrikanten und dergleichen, gleich den Feudal Junkern das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu feudalisieren, gesetzlich zu binden bestrebt sind.

Die Konservativen sind daher naturgemäß für das heutige Militärsystem mit seinem privilegierten Offiziersstand, für Steuerbefreiung (indirekte Steuern), Getreidezölle, sie sind Gegner der Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Gegner der Konfessionsfreiheit, Gegner des allgemeinen Wahlrechts, wie überhaupt Gegner der politischen Gleichberechtigung.

Für einen Konservativen darf daher unter keinen Umständen stimmen:

- 1) Jeder Arbeiter, sei er ländlicher oder Industriearbeiter, dem die Emanzipation, die wirtschaftliche und politische Hebung seiner Klasse am Herzen liegt.
- 2) Jeder Handwerker und Kleingewerbetreibende, der eingesehen hat, daß er im Kampf gegen das Großkapital von der Bänkerei nichts zu erwarten hat.
- 3) Jeder Kleinbauer, der eingesehen hat, daß er, falls die Konservativen ihre Bestrebungen durchsetzen, nichts anderes sein würde als der Knecht des Großgrundbesitzers, soweit er es nicht heute schon ist.
- 4) Jeder Subalternbeamte.

Die Konservativen theilen sich ein in Alt-, Neu-, Deutsch- und Freikonservative. Die ersten drei Unterabteilungen sind heute so ziemlich vermischt; die Freikonservativen zeichnen sich nur durch größere Schmiegsamkeit gegenüber der Regierung aus. Sie vertreten daher vorzugsweise das bürokratische und politische Streber-Element. Ihr „Prinzip“ ist, den alten Wein in neue Schläuche zu gießen, d. h. für die alten Vorrechte neue Formen zu finden, sie der modernen Staatsform anzupassen. Dasselbe kann man von der „deutschen Reichspartei“ sagen.

Beide letztgenannten Gruppen bilden mit der national-liberalen Partei die sogenannte „Mittelpartei“, d. h. diejenige Partei, welche Bismarck alle Mittel bewilligt, deren er für sein autokratisches Regierungssystem bedarf. Je nachdem sie mehr oder weniger Redensarten dabei machen, heißen sie auch Partei Bismarck sans phrase oder avec phrase.

Was wollen die Nationalliberalen?

Die Nationalliberalen vertreten die Interessen der bestehenden Klassen überhaupt, d. h. sie suchen zwischen den verschiedenen Interessengruppen der bestehenden Klassen „Staatsmännisch“ zu vermitteln. Sie sind die Partei der Wemms und Abers, infolgedessen sie ihren Anhang namentlich in der Gelehrtenwelt finden. So sind sie z. B. für Freihandel, aber mit gemäßigtem Schutz-zoll, für direkte Steuern, aber mit Beibehaltung mäßiger indirekter Steuer, für Konstitutionalismus, aber ohne parlamentarische Herrschaft, für Bismarck, aber ohne dessen „schwarze Seele“ (Puttkamer) u. s. w. Weil sie die Interessen der bestehenden Klassen schlechtweg, d. h. in ihren Augen der Gesamtheit, vertreten, so sind sie Anhänger der absoluten Staatshoheit, somit Kulturkämpfer par excellence. Sie liefern die besten, d. h. grundsätzlichen Kandidaten für den Ordnungsbüro.

Der Arbeiterklasse gegenüber haben sie nur ein Bestreben: jede selbstständige Bewegung derselben zu ersticken. Daher sind sie auch „obwohl“ Anhänger der Manchesterlehre, für die Bismarckschen Sozialreformen, und „obwohl“ Freunde der politischen Freiheit, für das Sozialistengesetz, wie überhaupt für Ausnahmegesetze.

Für die Nationalliberalen darf daher unter keinen Umständen stimmen:

- 1) Jeder Arbeiter.
- 2) Ueberhaupt jeder Mann von Charakter.

Was wollen die Ultramontanen?

Die Ultramontanen (Partei des Zentrums) vertreten in erster Reihe die Interessen der katholischen Kirche. Sie kämpfen für „Freiheit der Kirche“, was in den Augen der Eingeweihten soviel heißt wie Herrschaft der Kirche. Wo die Kirche in Opposition mit der Staatsgewalt ist, tritt sie in demokratischem Gewande auf, wo sie aber mit derselben Hand in Hand geht oder sie gar in der Hand hat, nützt sie sie in jeder Beziehung für ihre Zwecke aus. Von bestimmten politischen Grundfragen kann daher bei Ultramontanen auch nicht die Rede sein, und nur so ist es auch möglich, daß diese Partei zeitweise die verschiedenartigsten Elemente in ihrem Schooße vereinigt. Vorzugsweise aber zieht sie die ohnehin reaktionären Elemente an: Bauern, Kleinbürger, Feudalfunkler — letztere schon wegen ihrer Verdummung der Massen. Die Ultramontanen wollen natürlich die Schule der Kirche umcordnen, und gehen namentlich auf den Arbeiterfang aus. Wirtschaftlich sind sie fast ebenso verschwommen wie die Nationalliberalen, da sie gleich diesen die „höhere Einheit“ zu vertreten suchen. An Stelle der Bildung setzen sie eben die Religion, an Stelle des Staates die „corporative Organisation“ der Gesellschaft. Sie sind nicht nur keine grundsätzlichen Gegner von Ausnahmegesetzen, sondern vielmehr grundsätzliche Anhänger von solchen. Das zeigen sie umso mehr, je fester sie am Ruder sitzen.

Für einen Ultramontanen darf also nicht stimmen:

- 1) Jeder Klassenbewußte Arbeiter.
- 2) Jeder Freund der Volksschule und der politischen Freiheit.

Was wollen die Deutsch-Freisinnigen?

Die Deutsch-Freisinnigen, zusammengesetzt aus den früheren Fortschrittlichen und den Sezessionisten des Nationalliberalismus, bilden die eigentliche Partei des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus. Sie vertreten hauptsächlich die Interessen der Händler und derjenigen Industriellen und Landwirthe, welche beim Freihandel ihren Vorteil finden. Ihre Parole heißt: Freie Konkurrenz. Dieselbe ist ihnen das Universalheilmittel, welches alle wirtschaftlichen Schäden heilt. Daß die freie Konkurrenz naturgemäß zur Verarmung der Massen führt und daß die Selbsthilfe dagegen ohnmächtig ist, sehen sie nicht oder wollen sie nicht sehen. Wer im Konkurrenzkampf zu Grunde geht, hat nach dem Prinzip der freien Konkurrenz damit seine wirtschaftliche Unfähigkeit dokumentiert und ist werth, daß er zu Grunde geht. Sie sind gegen jede Einschränkung der Ausbeutungsfreiheit, höchstens lassen sie sich zu sanitären Schutzgesetzen herbei.

Weit weniger „prinzipiell“ sind sie auf politischem Gebiet, trotz ihrer pathetischen Deklamationen. Im entscheidenden Moment weichen sie geru „müthig“ einen Schritt zurück. Ihr Kampf mit Bismarck ist nicht ein prinzipieller, gegen das heutige Regierungssystem überhaupt gerichteter, sondern ein mehr persönlicher und gegen die schräge Form des Regierungssystems gerichteter.

Sie sind gegen das Militärsepiennat, aber gern bereit, Bismarck alle drei Jahre oder, wenn es noththut, alle Jahre die gewünschte Militärpräsenzstärke zu bewilligen.

Für die Deutschfreisinnigen kann daher nicht stimmen:

- 1) Jeder Arbeiter, der unter der schrankenlosen Ausbeutungsfreiheit leidet.
- 2) Jeder Handwerker und Gewerbetreibende, der erkannt hat, daß er den Kampf gegen das Großkapital auf die Dauer nicht führen kann.
- 3) Jeder grundsätzliche Gegner des heutigen Militärsystems.
- 4) Jeder konsequente Demokrat und Republikaner.

Aus dem Vagabundenleben.

Welch romantischer Titel! Wie interessant klingt er nicht dem Ohr des durch Beruf und gesellschaftliche Stellung an Haus und Stadt Gefesselten! „O wandern, o wandern, o freie Burschenlust!“ ruft Emanuel Geibel, der Lieblingsdichter des deutschen Philisters, in seinem Maledictum: „Da singet und jubelt das Herz zum Himmelszelt, Wie bist du doch so schön, o du weite, weite Welt!“

Ja, wie bist du doch so schön! Nur muß der „Vagabund“ hübsch Geld im Beutel haben. Ist er aber ein armer Proletar, dann vergeht ihm das „Jubeln“ halb, der romantische Hauch verschwindet und in seiner rauhen, nackten Wirklichkeit offenbart sich ihm ein anderes Dichtermotiv: „Die Welt ist ein Gefängniß!“

Wir haben in Nr. 37 unseres Blattes die Leidensgeschichte eines Genossen berichtet, der gemeinsam mit mehreren „unterstandlosen Individuen“ durch seine Heimath, das schöne Ungarland, transportirt wurde. Grauerregend war das Bild, welches sich da vor unserem Auge entrollte. Der Bursch, der „leichten Schrittes, den Stab in der Hand, durch ladende Büren freist“, vermandelte sich in einen von elchalttem Angezieder geplagten, hungrigen Mogens mit blutunterlaufenen Zähnen an Ketten durch das Land getriebenen „Schubling“.

Ganz so standhaft wie im schönen Ungarn geht man nun anderwärts wohl nicht mit den in Wahrheit Enterbten der Gesellschaft um: daß aber selbst in zivilisirten Gegenden das Verfahren weit davon entfernt ist, den Anspruch auf das Wort zivilisirt erheben zu dürfen, geht aus einem weiteren Briefe unseres Genossen Voyer — es liegt kein Grund mehr vor, seinen Namen zu verschweigen — hervor, in welchem er die Erfahrungen mittheilt, die er auf dem „Schub“ von Bregenz bis an die ungarische Grenze gemacht. Sie bilden eine passende Illustration zum Thema vom „lustigen Vagabundenleben“.

Lassen wir nunmehr dem „Handwerksbursch auf der Reif“ das Wort:

„Das Schubwesen wird in Oesterreich systematisch betrieben und ist streng organisiert. Zu diesem Zweck sind eigene Schubführer ange stellt, die das ganze Jahr nichts zu thun haben, als die Arbeitslosen, die von den Schandarmen und Polizisten zusammengefangen werden, in ihren Heimathsort zu befördern, die Ausländer natürlich an die Grenze. Das Zusammenfangen der armen Handwerksburschen wird allerdings arg betrieben; da wird Alles, was ohne Reisegeld ist, zusammengepackt und fortgeschubt. Ganz erbärmlich geht es in dieser Beziehung um die Steiermark zu, es wundert mich nur, daß da nicht schon Schandarmen durchgeprügelt und erschlagen wurden. Da werden die Arbeitslosen, wenn sie eingefangen sind, ohne Weiteres zusammengepackt, ob man sie beim Bette ertappt oder auf der Landstraße, ob sie Geld haben oder kein. Der betreffende Schandarm oder Polizist macht sein „Spezialaktum“, der Gefangene wird, ohne irgend einer Behörde vorgeführt zu werden, in den Schubarest gesteckt, und wenn der für den „Schub“ bestimmte Tag kommt, weiter geschoben. Ja, es werden von Zeit zu Zeit förmliche Treibjagden zu diesem Zweck veranstaltet; jede Ort oder jedes Dorf ist verpflichtet, an diesen Tagen einige Burschen für den Schub zu bestimmen, die die Schandarmen unterführen müssen und das Recht haben, einen Jeden auf der Straße aufzugreifen und der Polizei zu überliefern. Diese Treibjagden werden Landesstreifungen genannt.“

„Solche Landesstreifungen sind in Oesterreich, Tirol, Steiermark, Vorarlberg und im Salzburgerischen üblich. Ob überall so willkürlich verfahren wird wie im Steierischen, das weiß ich nicht; dort aber hatte ich Gelegenheit, zu sehen, wie die Bauernknechte die Gefangenen daherbrachten und diese ohne Weiteres in Arrest gesteckt wurden. Einer war sogar darunter, der eben aus dem Krankenhaus mittellos entlassen worden war, und da er ziemlich weit zu dem Ort hatte, wo er in Arbeit stand, war er gezwungen gewesen, bei einem Bauern zu übernachten. Tags darauf hatte er, um seinen Hunger zu stillen, bei einem andern Bauern um ein Stück Brod gebeten, wobei man ihn ertappte und ihn nach Bruck an der Mur führte, wo auch ich zwei Tage warten mußte. Trotz all seiner Vorstellungen, daß er aus dem Krankenhaus komme und in einem Orte in Arbeit stehe, wo er Frau und Kinder habe, wurde er nicht vorgeführt; im Gegentheil hätte er vom Gefängnißwärter beinahe Prügel bekommen — wegen seiner Judringlichkeit, wie dieser Bieder mann sagte.“

„An Ungelehrter fehlt es auch im Oesterreichischen nicht. Die Verpflegung geht noch so an, hauptsächlich an kleineren Orten und wenn man die Gefängnißkosten einmal gewöhnt ist. Täglich bekommt man einmal zu essen, außer an einigen Orten, wie z. B. in Innsbruck, wo laut eines Berichtes jeder Morgens und Abends einen Zeller Fleischsuppe mit Brod bekommt. Das Mittagessen soll auch nicht schlecht sein, da dasselbe aus einem Gasthaus bezogen wird. Aber das ist eben eine Ausnahme.“

„Anerkennenswerth bei dem Oesterreichischen Schubwesen ist, daß Alles per Bahn befördert wird, aber nicht wie in Deutschland, wo Alles in diesen Kästen hineingesperrt wird, in welchem man sich kaum rühren kann, sondern es sieht je nach Bedürfnis ein Koupee oder ein ganzer Wagon zur Verfügung.“

„So bin ich, Sonntag, den 6. Juli, in Wien, Reustadt angekommen, und nach einer halbtägigen Fahrt über die Grenze nach Neudorf der ungarischen Behörde überliefert worden. In Neudorf wollten sie mich in ein Loch hinstrecken, welches das schlechteste von allen war, welche ich je gesehen; ja ich glaube, daß in ganz Ungarn kein miserableres zu finden ist. Als ich und der Polizeimann, der mich von Wien-Neustadt begleitet hatte, vor diesem erbärmlichen Loch standen und einen Blick in dasselbe geworfen hatten, standen wir uns betroffen an, ohne daß im Moment einer von uns im Stande gewesen wäre, ein Wort hervor-“

bringen, bis ich schließlich den Kopf schüttelte und erklärte: Nein, in diesen Saustall gehe ich nicht hinein! — worauf der Polizist sagte: „Nein, da sollen Sie nicht hinein; kommen Sie, wir gehen zum Richter.“ Nach langem Hin- und Herreden hat mich denn auch der Richter bei einem Bauern untergebracht, worauf sich der Polizist entfernte. Das war der erste Eindruck von meiner theuren Heimath.

Tags darauf ging die Hatz los. Da mußte ich von Dorf zu Dorf laufen, ohne daß man mir etwas zu essen gegeben hätte, alles Bitten und Betteln war umsonst. Immer hieß es: „Im nächsten Dorf bekommen Sie Ihre Verpflegung.“ Endlich ist mir das Ding doch zu bunt geworden, als man mich nach 12 Uhr aus einem Dorfe weiterschicken wollte, ohne mir Verpflegung zu geben. Ich fragte den Kleinrichter, was denn das bedeuten sollte, daß man mich von Dorf zu Dorf schiebe, ohne mir Nahrung zusammen zu lassen. „Na,“ lautete die Antwort, „jetzt gehen Sie in's nächste Dorf, da werden Sie Ihre Verpflegung kriegen.“ — „So, in's nächste Dorf? Da könnte ich, wenn's so fortgeht, bald verhungern.“ Darauf wollte ich es nicht ankommen lassen und verlangte, vor den Richter gebracht zu werden, was dem Kleinrichter gar nicht zu behagen schien. „Schauen's,“ sprach er, „ich sag' Ihnen, wie es ist, von Richter kriegen's nichts. Wenn Sie es aber grad' mit Gewalt haben wollen, will ich Sie hinführen, aber ich sag' Ihnen, es nützt nichts, Sie kriegen nichts.“

Als wir vor dem Richter standen, ersuchte ich um die Verpflegung, indem ich ihm klar machte, daß ich nicht weiter gehen könne, ohne etwas zu essen. Damit kam ich aber bei diesem Ehrenmann von Richter an den Richter. Er begann sofort zu schimpfen: „Du Hallunke, Vagabund, Landstreicher Du, was willst Du? Zu freffen? Verhungern soll man Euch Lumpen alle lassen!“ Kaum that ich den Mund auf, etwas zu erwidern, so hatte er mir schon den Stock aus der Hand gerissen und schlug unter Schimpfen und Flüchen auf mich los und warf mich zur Thüre hinaus, ehe ich mich dessen versehen konnte. Da stand ich nun, hatt der Verpflegung hatte ich eine Tracht Prügel weg und dazu meinen Stock verloren.

Wie mir zu Muth war, können Sie sich denken. Eine Bitterkeit bedrückte mich, wie ich sie nie zuvor gekannt. Und von den Dpsern einer solchen Behandlung verlangt man, daß sie dieselbe Gesellschaft achten sollen, die sie ächtet!

So kam ich um 2 Uhr ermattet und hungerig in Eisenstadt an. Ich erzählte die Geschichte dem Stadigardisten, dem man mich zur Weiterbeförderung übergeben hatte; der erbarmte sich meiner, gab mir ein ordentliches Stück Speck und Brod, soviel ich essen konnte, dazu einen halben Liter guten Wein, und führte mich in's nächste Dorf, wo er noch ein halbes Seidel für mich bezahlte.

Von dem Vorhaben, gegen den sauberen Richter Ott Klage zu erheben, rieth er mir ab, da es nicht ausführbar wäre. Ich müßte unbedingt einen Advokaten haben, den ich doch wegen Mangel an Geld nicht nehmen könne, und außerdem werde ein solcher Prozeß in's Unendliche gezogen. Richter Ott ist zwar wegen seiner Robheiten weit und breit bekannt, aber ich würde als Fremder schließlich doch den Kürzeren ziehen. Gegen diese nur zu berechtigten Ausführungen ließ sich nichts Stichhaltiges einwenden, und somit zog ich meinen Weg unter neuer Begleitung weiter.

Wie es mir nach diesem Empfange in meinem Heimathlande, das ich seit neun Jahren nicht mehr gesehen hatte, zu Muth war, das kann sich Jeder selbst ausmalen, der noch zu fühlen im Stände ist.

Das wäre so ziemlich Alles, was ich außer dem schon Berichteten von meinen Erlebnissen auf diesem Schuß schreiben kann. Nur mein Aufenthalt in Neusiedl am See sei noch erwähnt, wo ich am 8. Juli anlangte und bis zum 14. warten mußte, weil von dort der Hauptzug nur jeden achten Tag abgeht. Der Schubart ist unrein, voller Käse und Fische, wie die meisten in Ungarn. Die Kost wurde von dem dortigen Gerichtsanwalt geliefert. Sie ist erbärmlich gekocht. Wir waren unser vier Mann und erhielten jeden Tag zusammen in einer Schüssel ungefähr 2 Liter schlechte Suppe, ebensoviel Gemüse, dazu ein halbes Kommissbrot. Einigemal war das Essen so schlecht, daß man es kaum genießen konnte.

So ging es bis Raab fort, überall schlecht und zu wenig zu essen. Wie es mir von da ab ging, haben Sie schon berichtet.

So, das wäre ein Kapitel aus dem Bagdadenerleben in unserer modernen „aufgeklärten“, „gestitteten“ und „humanen“ Gesellschaft, dieser besten aller möglichen Gesellschaften, die zu Grunde geht am Ueberflusse, während Millionen ihrer Mitglieber im Elend verkommen. Erzählt das einem Wilden, und er wird Euch einfach nicht verstehen. Zu einem solchen Widerspruch bedarf es einer so hohen Zivilisation wie die unsrige.

Und dieser Zivilisation erklären wir Sozialdemokraten den Krieg. Was für Barbaren sind wir doch!

Sozialpolitische Rundschau.

Büch, 1. Oktober 1884.

— Genossen allerorts! Sammelt unermüdet für den Wahlfonds! Die Dpsen häufen sich, unsere Feinde benutzen alle Mittel, und im Kampfe zu schwächen; da heißt es, schnell Ersatz schaffen.

Sie sollen uns nicht klein kriegen!

Vergeht auch nicht, daß uns diesmal wiederum sehr viel Stichwahlen bevorstehen werden.

Schafft also Ration, soviel Ihr vermögt!

— Nicht nachlassen im Kampf! Wie wir aus Privatbriefen ersehen, herrscht vielfach unter den Genossen eine Siegeszuversicht, die, so erfreulich sie einerseits ist, doch leicht gefährlich werden kann, weil sie dahin führt, die Hände in den Schooß zu legen, wo Arbeit, eifrige Arbeit unerlässlich ist. Dem muß überall entgegengetrieben werden. Vorzeitiger Triumph ist halbe Niederlage. Kein Sieg ohne Kampf — das muß unsere Parole bleiben. Oft hängt der Erfolg nur an wenigen Stimmen, und Wahlkreise, die unter allen Umständen sozialdemokratisch wählen, gibt es nicht. Darum laßt Euch nicht in Schlaf lullen, Genossen, sondern benutz die Zeit, die Euch noch bleibt, zu reger, unablässiger Agitation!

— Die „ehrliehen“ Fortschrittler. Im 1. Berliner Wahlkreis hielt der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Langerhans — ein parlamentstümmiger Nachbeter des edlen Ritters Eugen — am 22. September eine Wahlrede, in welcher er nach dem Bericht der (fortschrittlichen) „Tante Hof“ u. A. Folgendes leistete:

„Ebenso wie die Konservativen kämpfen auch die Sozialdemokraten nicht mit offenem Bist. In ihren Versammlungen kommen sie nie auf den Kernpunkt ihrer Forderung: die Verteilung der Arbeit durch den Staat. Ich bin schon oft auf den Verdacht gekommen, daß die Führer der Sozialdemokraten eigentlich in Wahrheit gar keine Sozialdemokraten sind. Manche der Führer haben sie ja auch schon angeführt. (Weiterkeit.) Ich bedaure die armen Leute, daß sie ihres saueren Schweißes Frucht heranzuschleppen zu den Agitationen. Was ihnen verheißen wird, kann nie erfüllt werden. Die Namen Lassalle und Jacoby, welche sie für sich in Anspruch nehmen, dürfen sie eigentlich gar nicht mehr anrufen; ich glaube, keiner von Beiden würde sich den heutigen Demokraten zugesellen. (Lebhafte Zustimmung.)“

Also die Sozialdemokraten kämpfen nicht mit offenem Bist. Woraus schließt das Dr. Langerhans?

„Sie — die Sozialdemokraten — kommen in ihren Versammlungen nie auf den Kernpunkt ihrer Forderung: die Verteilung aller Arbeit durch den Staat.“

Was Herr Langerhans da sagt, ist un wahr und ist Viech.

Un wahr ist, daß die Sozialdemokraten jemals ihre Ziele verleugnet hätten. Daß nicht in jeder Versammlung von jedem sozialdemokratischen Redner „der Kernpunkt ihrer Forderung“ betont wird, ist ebenso richtig als selbstverständlich. (Apropos, wir möchten nur einmal wissen, was die „Kernpunkte“ der fortschrittlichen Forderungen sind.)

Auf der anderen Seite steht aber fest, daß der „Kernpunkt“ der sozialdemokratischen Lehren da, wo es nötig ist: im Reichstag und anderswo, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit von den sozialdemokratischen Rednern betont und in's hellste Licht gestellt worden ist. Wenn Herr Langerhans freilich meint, der „Kernpunkt“ der sozialdemokratischen Lehre sei „die Verteilung der Arbeit durch den Staat“, so befindet er sich entweder eine große Unkenntnis der sozialdemokratischen Lehre oder drückt sich außerordentlich konfus aus, was ungefähr auf dasselbe hinausläuft. Die „Verteilung der Arbeit durch den Staat“ ist noch lange kein Sozialismus. Bei den alten Peruanern, in den preussischen Militärwerkstätten u. s. w. haben wir „Verteilung der Arbeit durch den Staat“, ohne daß da von Sozialismus die Rede sein könnte. Und wenn auch nach dem Recepte des Bismarck'schen Judenheyl-Professors Wagner „alle Arbeit“ durch den Staat verteilt würde, so hätten wir immer noch bloß gemeinen Fiskalismus — Karrenwirtschaft oder Monopolismus — allein nimmermehr Sozialismus. Der Sozialismus bedeutet die demokratische Organisation der Gesamtarbeit zum größtmöglichen Vortheil der Gesamtheit und die gerechte Verteilung des Arbeitsertrags im Interesse der Gesamtheit.

Dieser „Kernpunkt“, den der unglückliche Dr. Langerhans nicht begriffen hat, ist von den Vertretern der Sozialdemokratie im Reichstag, in Volksversammlungen, in Büchern und Broschüren und in der Presse tausend- und tausendmal betont und erklärt worden — leider jedoch, wie wir jetzt sehen, mit nicht genügender Deutlichkeit für die fortschrittliche Hirnmaterie des Herrn Dr. Langerhans. Da das, was er sich unter Sozialismus vorstellt, mit dem wirklichen Sozialismus ungefähr ebensoviel gemein hat, wie sein — des Dr. Langerhans — Gehirn mit dem Hirn eines Kaffale oder Jacoby, so ist es natürlich, daß er „die Führer der Sozialdemokraten“ für gar keine Sozialdemokraten und Lassalle und Jacoby für — Langerhans hält. Dieser Langerhans'sche Gedankenprozeß ist wesentlich dadurch gefördert worden, daß der fortschrittliche Herr Doktor im Reichstag unmittelbar vor der ersten Bank der Sozialdemokraten sitzt und sich so von der erstaunlichen Thatsache überzeugen mußte, daß die „sozialdemokratischen Führer“ keine Dynamitpatronen in Petroleumsauc zum Frühstück verzehren, auch es nicht als Lebensaufgabe betrachten, ihre Mitmenschen zu berauben oder gar todzuschlagen.

Für das menschenfreundliche „Bedauern“ des Herrn Doktor werden die armen Leute, die ihres saueren Schweißes Frucht heranzuschleppen zu den Agitationen, dem Herrn Doktor und seinen fortschrittlichen Freunden gewiß sehr dankbar sein. Soviel steht fest, die fortschrittlichen „Leute“ schleppen „ihres saueren Schweißes Frucht“ nicht zu den „Agitationen“ der Langer- und sonstigen Hänse herbei — sie bringen halt dessen den „sauren Schweiß“ ihrer Arbeiter — was viel angenehmer sein soll.

Die erstaunliche politische Weisheit des fortschrittlichen Langerhans oder langerhans'schen Fortschritts befindet sich noch drastisch in dem weiteren Satz, welchen der biedere Doktor im Verlaufe seiner Rede vom Stapel ließ:

„Im Inneren verfolgt der Reichskanzler liberale Politik; im Inneren wandelt er konservative Bahnen. Nun wollen wir, daß er liberale Bahnen auch im Inneren wandelt und dafür werden wir bis zum letzten Athemzug kämpfen.“

Bum!

Also „im Inneren“ wandelt der Junker Bismarck „liberale Bahnen.“ Es war wohl „liberal“, daß er Schleswig-Holstein 1864 für die Hohenzollern'sche Militärmonarchie eroberte? Es war wohl „liberal“, daß er 1866 gegen den Willen des preussischen Volkes und der preussischen Fortschrittspartei den „Bruderkrieg“ vom Jaune brach, um die preussische Militärmonarchie zu vergrößern? Es war wohl „liberal“, daß er 1870 seinen „Freund“ und Lehrer Bonaparte in eine Falle lockte, um das preussische Junker-Ideal: Aufgeben Deutschlands in die Militärmonarchie Preußen, verwirklichen zu können?

Begriff denn dieser fortschrittliche Langerhans nicht, daß gerade durch diese „liberale“ Politik „im Inneren“ die „konservative“ Politik „im Inneren“ erst ermöglicht wurde? Und hat dieser fortschrittliche Langerhans denn ganz vergessen, daß gerade diese „liberale“ Politik „im Inneren“ den Zweck hatte und erreichte, den großen „Konflikt“ zu Gunsten des Junkers Bismarck zu beendigen und die Herrschaft der Fortschrittspartei, das heißt des Herrn Langerhans und seiner fortschrittlichen Mit-Langerhans's, zu brechen?

Nachdem wir dieses geschrieben, werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß die letzte Phrase — von der „liberalen“ Politik „im Inneren“ und der „konservativen“ im Inneren — nicht Herrn Langerhans, sondern dessen Freund und Kollegen Hermes, welcher unmittelbar nach ihm sprach, zum Ueber hat. Nun — ob der Fortschrittshand Langerhans oder Hermes heißt, das thut nichts zur Sache — sie denken beide nach der nämlichen Schablone, und Herr Hermes hat nur eine Blüthe der famosen Zweifelseletheorie zum Besten gegeben, welche der tapfere (Raul) Ritter Eugen für seine Partei zurechtgemacht hat.

— Von dem „Kopenhagener Kongress-Prozeß“ ist nicht viel Neues zu melden. Verkommen sind bis jetzt Kuer, Debel, Biered, Diech und Ulrich; zur Vernehmung — durch Ausschreiben in der „Leipziger Zeitung“! — eingeladen ist Bollmar. Alle Genannten wurden seiner Zeit auf der Rückkehr von Kopenhagen fesselt oder verhaftet. Die damals angeordnete Untersuchung ist also augenscheinlich von den richterlichen Behörden fortgesetzt worden und das Chemnitzer Landgericht hat das Polizei-Ergebnis glücklich zum Stadium der richterlichen Voruntersuchung ausgebreitet. Denn nur um eine Voruntersuchung handelt es sich jetzt. Ob man über dieses Stadium hinauskommen und zu einer regulären Anklage gelangen wird, ist, bei dem vollständigen Mangel an juristischem Material, nach wie vor sehr zweifelhaft. Indeß, wie schon gesagt, in Deutschland ist Alles möglich, und die Rüge der Wahlen wirkt überdies ausserordentlich auf Richter, Staatsanwälte und Polizei. Speziell die Polizei entwickelt überall eine fieberhafte Thätigkeit. Ausweisungen, Hausdurchsuchungen, Versammlungsverbote, Versammlungsaufhebungen sind an der Tagesordnung.

Aus Berlin, wo es am Tollsten hergeht, ist soeben (25. September) W. Hasenclever ausgewiesen worden, der gar nicht dort wohnt, auch sich momentan gar nicht dort aufhält. Aber er ist Kandidat für den 6. Wahlkreis, und diesen wollen die Stöcker-Bismarck'schen sich durchaus „erobern“, wozu die Polizei natürlich behilflich sein muß. Neben wird dieser Polizeistreich den Stöcker-Bismarck'schen allerdings nichts. Die Berliner Arbeiter sind derartige Coups gewöhnt, sie pfeifen auf Malak und seine Heerführer und werden mit verdoppeltem Eifer für Hasenclever in's Zeug gehen.

In Berlin, Frankfurt, Bielefeld und anderen preussischen Städten werden sozialdemokratische Wählerversammlungen trotz des bekannten Reichstagsbeschlusses im Voraus verboten. Nicht regelmäßig, aber sehr häufig. Da von preussischen Wählern wiederholt auf jenen Reichstagsbeschluss aufmerksam gemacht wird, so soll offenbar dem Reichstag ein Zutritt verweigert werden — was selbstverständlich auf Ordre von oben zurückzuführen ist.

Nun, die Genossen allerwärts sind in kampffreudiger Stimmung und lachen ob dieser elenden Manöver.

— Verlehrte Welt. In Eisenach tagten am 21. September die deutschen Kolonialschwärmer und nahmen mit „hürmlichem Beifall“ die Vorträge der Herren Lüderitz und Wörmann über die deutschen Kolonialbesitzungen in Afrika entgegen, worauf die Herren einstimmig eine Resolution zu Gunsten der Kolonialpolitik und der berühmten Dampferverträge im Bismarck'schen Sinne beschloßen — selbstverständlich als Stichwort für die kommenden Wahlen.

Es liegt nicht in unserer Absicht, hier auf die in Eisenach gepflogenen Debatten näher einzugehen — wir haben unseren Standpunkt in der Kolonialfrage schon des Ofteren dargelegt. Aber einen Satz aus der Rede des Herrn Wörmann, des „Kroberers“ von Kamerunland, wollen wir doch zur Illustration des ganzen Kolonialrumschmelles herausgreifen. Er sagte unter Anderem:

„Denjenigen, die gegen alle Projekte Opposition erheben, sobald sie

vom Fürsten Reichskanzler ausgehen, sei gesagt, daß Westafrika ein Kolonisations durchaus geeignetes Land ist. Die dort wohnenden Negern sind sehr wohl der europäischen Kultur zugänglich; die Negern im Kamerunland suchen den Europäern Alles nachzuahmen. Sie kaufen sich einen schwarzen Rod, sobald sie den Europäern einen schwarzen Rod tragen sehen, sie arbeiten, sobald die Europäer arbeiten sehen. Die deutsche Dankebewegung nach Westafrika erhebt aus der Thatsache, daß 1880: 80,000 Tons, 1884: 46,000 Tons deutscher Waaren von Hamburg aus nach Westafrika gegangen sind. Es gilt bloß, in Kamerunland den Boden, der zum Anbau von Palmölfrüchten, Cacao, Gummi-Elastikum u. s. sich vortrefflich eignet, gehörig zu bearbeiten, und sind allerdings dazu nur die Negern zu verwenden. Deutsche Arbeiter dürften unter dem dortigen mörderischen Klima sehr bald sterben.“

Es handelt sich also, wie man sieht, darum, die Negern Afrika's zu „zivilisieren“. Wie geschieht das? Man gewöhnt ihnen europäische Bedürfnisse an: „Sie laufen sich einen schwarzen Rod, sobald sie es. Ob die Negern, gleich den Indianern Amerika's, an dieser, ihrem Klima durchaus nicht angepaßten „Zivilisation“, an den „europäischen Bedürfnissen“ zu Grunde gehen, was kommt's darauf an? Wenn sie nur „aus einem schwarzen Rod tragen.“

Die Negern Afrika's werden der Zivilisation gewonnen, indem man ihnen höhere Bedürfnisse angewöhnt, den Proletariaten Europa's aber werden durch sorgfältige Lohnreduktionen die höheren Bedürfnisse immer mehr abgewöhnt, ihnen predigen die Soldaten des Kapitalismus, die Pfaffen der Kanzel und des Journalismus, daß die wahre Seelengröße darin besteht, auf irdische, materielle Genüsse zu verzichten. Die europäischen Arbeiter, die warmer Kleider u. bedürfen, legt man auf Hungerlöhne, und weil es infolge dessen beständig an Kaufkraft für die Produkte ihres Fleisches fehlt, weil der Markt beständig mit Waaren überladen ist, oportirt man dieselben nach Afrika — zu den Negern. Und diese Weisheit sollen wir bewundern? Nein, wir können höchstens über sie lachen, denn es ist die Weisheit der verkehrten Welt.

— Mit der Wahlagitiation ist natürlich in der gegnerischen Presse auch das angeblich sozialdemokratische Schlaraffenland wieder aufgetaucht. Die Sozialdemokratie soll das Schlaraffenland zum Ideal haben: möglichst viel Genuß und möglichst wenig Arbeit.

Wenn das Wort Genuß richtig aufgefaßt wird, hätten wir gegen die Definition im Grunde nichts einzuwenden. Die Arbeit ist eine gesellschaftliche Nothwendigkeit, aber sie ist nicht Zweck des Lebens, sondern bloß Mittel. Die steigende Kultur bringt größere Produktivität der Arbeit mit sich, so daß das Arbeitspensum — und Arbeit ist die zur Existenz nothwendige Arbeit — verstanden — bei gleichmäßiger, gerechter Verteilung der Arbeit für das Individuum immer kleiner wird. Und daß jedes Individuum die Vorteile unserer Kultur „genießen“ soll, das erstreben wir allerdings. Doch so meint es unsere Gegner nicht. Sie können nicht aus ihrer Haut und ihrer Anschauungsweise heraus und jedesmal, wenn sie der Sozialdemokratie etwas anhängen wollen, hängen sie ihr ihre eigenen Sünden an. Das Schlaraffenland, so wie unsere Gegner es meinen, mit möglichst viel Genuß und möglichst wenig, wo möglich gar keiner Arbeit, ist Bourgeoisideal und, so weit die Ausführung möglich, Bourgeoispraxis. Und gerade weil wir dieses ihr Schlaraffenland fördern werden wir von den Herren Schlaraffen so arg angefeindet und verfolgt. Nun — wir arbeiten thätig, und das fetze Schlaraffenland wird wohl bald so „unterwürdig“ sein, daß es seinen faulen Bewohnern nicht mehr wehthun kann.

— Zum Thema vom „Sprengen fortschrittlicher Versammlungen“, über welches wir uns schon in voriger Nummer ausließen, wird uns noch geschrieben:

Die Berliner Fortschrittler haben die Freiheit, den Sozialdemokraten vorzuwerfen, dieselben hätten und sprengten systematisch die fortschrittlichen Versammlungen. Das ist eine elende, aus der bekannten Richter'schen Fabrik stammende Verleumdung. Die Wahrheit ist: Wenn die Herren Fortschrittler eine öffentliche Versammlung fortschrittlicher Wähler ansetzen, fällt es keinem Sozialdemokraten ein, in die Versammlung zu gehen und das wahrhaftig nicht anziehende Fortschrittsblech (das ja seit Jahrzehnten dasselbe ist) anzuhören. Wenn aber eine öffentliche Wählerversammlung, ohne jegliche Einschränkung, angelegt ist, dann ist die Sache anders; dann erscheinen natürlich auch sozialdemokratische Wähler und verlangen natürlich ebenso gut zum Wort zu kommen, wie die Wähler anderer Parteien. Allein das paßt bei den Herren Fortschrittler nicht. Sie kündigten die öffentlichen Wählerversammlungen nur an, um eine größere Zuhörerschaft zu erlangen, die das Recht hat zuzuhören, jedoch nicht zu sprechen. Die Sozialdemokraten sollten also bloß den Herren Fortschrittler gewissermaßen als „Stimmvieh“ dienen — eine Rolle, zu der sich dieselben natürlich nicht herab lassen könnten. Infolge dieser unverschämten Bauern- oder Arbeiterfängerei kam es wiederholt zu unlieblichen Szenen, für welche die Herren Fortschrittler, und nur sie, verantwortlich sind. Da die Herren Fortschrittler ihre demagogische Absicht nicht durchsetzen konnten, und der Öffentlichkeit eine heilige Scheu haben, so halten sie ihre Versammlungen jetzt nur noch hinter verschlossenen Thüren ab, wo sie unter sich sind, und thun mögen, was ihnen beliebt.

— Eugen Richter benutzte wieder. In einer seiner letzten Berliner Wahlreden, oder richtiger: in einer der letzten Berliner Wiederholungen seiner Wahlrede — denn Herr Eugen Richter hat nur eine einzige Wahlrede, die ihrerseits nur eine etwas veränderte Ausgabe seiner einen Reichstagsrede ist — hat Herr Eugen Richter die Fachvereine als „sozialdemokratische Gründungen“ und die ganze Fachvereinebewegung als maßlose sozialdemokratische Agitation, die jetzt in Berlin an der Spitze der Arbeiterpartei stehender Personen als verpackte Sozialdemokraten bezeichnet. Erstes ist ein Denunziation, letzteres sollte wenigstens eine sein. Die Männer, welche jetzt innerhalb der Arbeiterpartei die Wahlbewegung leiten, haben aus ihrer sozialdemokratischen Bestimmung nie ein Hehl gemacht — das müßte jedoch in nichts die Rechtswürdigkeit der Denunziation. Anders mit den Fachvereinen. Obgleich allerdings von Seiten der Sozialdemokraten zur Bildung von Fachvereinen aufgefördert worden ist, so wurde mit dieser Aufforderung doch stets die andere verbunden: daß die Fachvereine als solche sich unter keinen Umständen in politische und religiöse Parteikämpfe einzumischen sollten. Von Liebknecht, der durch seine Chemnitzer Rede im Herbst 1882 das Signal zu dieser sozialdemokratischen Maßnahme gegeben haben soll, wurde dies damals aufs Schärfste betont; und ebenso von allen Genossen, die für die Fachvereine gewirkt haben. Es war und ist das kein opportunistisches Verschweigen — es ist einfach eine praktische Nothwendigkeit. Die Fachvereine können nur bestehen, wenn sie sich mit ihren Fachangelegenheiten beschäftigen, zu denen in der Natur die wirtschaftlichen Fragen gehören — die einzelnen Mitglieder werden durch die Verhältnisse schon von selbst auf die politischen und sozialen Fragen gezogen — das braucht in den Fachvereinen nicht geschehen. Und, wie die Dinge heute in Deutschland liegen, würde jeder Fachverein, der sich auf das Gebiet der Politik wagt, unfehlbar von der Polizei aufgelöst. Wenigstens dies mußte Herr Richter wissen, wenn wir ihm auch nicht vertrauen, daß er, der in den Hirsch-Lunder'schen Wechsellagernden acht Gewerkschaften für die Fortschrittspartei eingetreten zu haben vermeint, von dem Wesen der Fachvereine und Gewerkschaften auch nur die elementarsten Begriffe hat. Aber daß die Fachvereine politisch unterdrückt werden, wenn die Polizei Zeugen dafür gewinnt, sie seien „sozialdemokratische Gründungen“ — das mußte Herr Eugen Richter ganz genau, als er jene Behauptung aufstellte, die wir also un zweifelfähig in die Kategorie der gemeinsten Denunziationen zu verweisen haben.

— Noch einen Ausspruch von Friedrich Engels über die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts für die Arbeiterklasse finden wir in seiner in den nächsten Tagen erscheinenden Schrift „Ueber den Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“. Dort sagt er auf Seite 139:

„Und endlich herrscht die bestehende Klasse direkt mittelst des allgemeinen Stimmrechts. So lange die unterdrückte Klasse, also in unserm Fall das Proletariat, noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung, so lange wird sie, der Mehrzahl nach, die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig mögliche erkennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel sein. In dem Maß aber, worin sie ihrer Selbstemanzipation entgegenreift, in dem Maß konstituiert sie

*) Der Name dieses Schurken von Richter sei übrigens tiefer geknigt. Der Mann heißt Josef Ott, Richter von Wähledorf im Bezirk Eisenstadt, Komitat Dedenburg.

sich als eine Partei, wählt ihre eigenen Vertreter, nicht die der Kapitalisten. Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat; aber das genügt auch. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind. —

„Aber das genügt auch,“ und darum frisch auf, ihr kämpfenden Brüder im Reich, wählt und agitiert wacker fort, auf das im Wahltag der Stadtmesser dem Siedepunkt um ein Erhebliches näher rüde!

— Deutsche Polizeifilhouetten. Als unser verehrter Polizeidirektor Bretschneider, schreibt man uns aus Leipzig, auf der Abschiedsfeier unseres Schützenfestes sich soweit vergaß, auf den altbewährten Ordnungsführer der Leipziger Einwohnerwohnerschaft ein Doch auszubringen, vermuthete er gewiß nicht, daß unter der Leipziger Schützenmannschaft Zustände herrschen, welche durchaus nicht geeignet sind, den „altbewährten Ordnungsführer der Leipziger Einwohnerwohnerschaft“ zu stärken. Alsbemerkten halten wir uns für verpflichtet, ein klares Bild über diese, die Eiberfelder Polizeimachinationen fast übertriebenen Vorgänge geben zu können. Von mehreren Schutzleuten der hiesigen Stadt ging uns folgendes Schreiben zu:

„Seit kurzer Zeit fühlen wir Schutzleute und vom hiesigen Publikum sehr zurückgesetzt. Der Grund dieser Zurücksetzung ist der, daß es unter uns sehr viel räudige Schafe gibt. Nachdem wir nun versucht haben, in der „Leipziger Bürgerzeitung“ (ein deutsch-seitiges, nichtiges Organ) unsere gerechte Sache zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, dieselbe aber unsere Eingabe zurückwies, sehen wir uns genöthigt, diese in dem Blatt, welches am schärfsten gegen die Korruption zu Felde zieht, und das ist der „Sozialdemokrat“, zu veröffentlichen.“

Aus dem nun folgenden Ständeregister der verschiedenen Ordnungsführer wollen wir heute folgendes mittheilen:

Der „Sitten“ polizist Weise sieht öffentlich mit liebreichen Dingen im Verkehr, so daß oftmals das Publikum Anlaß hatte, seinen Unwillen zu äußern. Es erfolgten daraufhin verschiedene Anklagen beim Polizeileutnant Knobloch, aber immer vergebens; die Sache wurde unterdrückt. Der Grund war: der pp. Weise hatte eine junge Frau und Leutnant Knobloch besuchte dieselbe in Abwesenheit ihr Mannes.

Wie dieser Knobloch es versteht, seine für ihn genommenen Schutzleute zu Vorgesetzten heranzuziehen, beweist in drastischer Weise nachfolgender Fall:

Vor einigen Jahren registrierte beim hiesigen Polizeiamt ein Schutzmann Namens Häffel. Derselbe hatte gestohlen und nach verbüßter Haft entlassen worden. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängniß machte Häffel beim Landgericht die Anzeige, daß er bewiesen könne, daß Knobloch sich große Betrügerien habe zu Schulden kommen lassen. Knobloch wußte jedoch Häffel zu bewegen, seine Aussagen zurückzunehmen, und die Folge war, daß Häffel in kurzer Zeit Wachmeister wurde. Als er zwei Jahre später krank wurde, ging die Raub-Knobloch's soweit, es durchzusetzen, daß Häffel ununterbrochen seinen vollen Gehalt bekam, alsdann aber vom damaligen Polizeidirektor Richter pensioniert wurde!

Der Polizeiwachmeister Preuter legte sein Examen damit ab, daß er statt des Dienstes polizeilich verbotene Hausardspiele arrangierte und so den wachhabenden Schutzleuten das Geld abnahm. Jeden Monat mußten die Schutzleute die Waage wechseln, und sie mußten gehörig Geld mitnehmen, um dem gewinn-süchtigen Wachmeister, der unter den Schutzleuten als professioneller Dazardspieler gilt, Genugthuung zu verschaffen.

Und dieses Schmachvolle Geschäft geschah unter Vorwissen Knobloch's! Nichtsdestoweniger wurde Preuter zum Wachmeister befördert!

Von einigen Polizeikorporalen wissen wir bestimmt, daß sie auf Knobloch's Anregung falschen Eid vor Gericht leisteten, späterhin auf der Waage und in Kneipen sich damit brühten, daß sie dieses Brauursüchtigen so gut bestanden hätten.

Der Schutzmann Streine, welcher durch verschiedene Nichtswürdigkeiten es verstanden hatte, sich in Knobloch's Gunst zu setzen, resp. dessen intimster Freund zu werden, verübte eine Menge Verärgereien, wegen deren andere Schutzleute in Befragung kamen. Jede Beschwerde gegenüber Knobloch blieb fruchtlos, und Streine kann nach wie vor treiben, was er will.

Wir könnten noch eine Unmasse derartiger Fälle anführen, jedoch für heute sei es genug. Gewiß Jeder kann sich nun ein ungefähres Bild von Knobloch's „Pflichttreue“ machen und wie diese Ordnungsführer sich als „bewährter Beamte“ — wie das „Leipziger Tageblatt“ schreibt — erweisen hat.“

So, Genossen, habt ihr ein Gegenstück zum „Ordnungsführer“ der Leipziger Einwohnerwohnerschaft!

Was aber wird Grünange „in Gottes Namen“ dazu sagen? —

— In Leipzig, vom 27. September, schreibt man uns: Unsere Nationalliberalen sind in tausend Kneipen. Dienstag über vier Wochen soll gewählt werden und sie sind mit ihrer Kandidatur noch nicht im Reinen. Der Schützenbürgermeister, mit dem sie einen so „guten Griff“ gemacht zu haben glauben, hat sich schließlich als ein recht schlechter Griff herausgestellt, und sogar das „Leipziger Tageblatt“, welches vor Kurzem einen langen Artikel für seinen Gunsten leistete, lieh in jeder Zeile die Furcht durchblicken. Es war aber auch eine große Albernheit, daß man auf diese Kandidatur versiel. Warum hielten die Nationalliberalen nicht an Herrn Steinhilber fest? Weil der Umstand, daß er von der Bürgererschaft ein großes Gehalt bezieht, für das er keine Arbeit verrichtet, den Ex-Bürgermeister unpopulär gemacht hatte, so daß an seine Wiederwahl nicht zu denken war. Der Nachfolger des Herrn Steinhilber, Bürgermeister Tröndlin, würde aber, wenn in den Reichstagen gewählt, wesentlich in dieselbe Lage kommen, welche die Unpopularität des Herrn Steinhilber hervorgebracht hat. Er würde von der Leipziger Bürgerchaft ein großes Gehalt beziehen und mindestens vier bis fünf Monate im Jahr keine Arbeit dafür verrichten — das heißt nicht die Arbeit, für welche er von der Bürgerchaft bezahlt wird. Nun denken die Herren Nationalliberalen freilich, der Schützenfest-Dusel, den Herr Tröndlin geschickt für sich ausbeutete, und während dessen sie seine Kandidatur proklamirten, würde jene materiellen Erwägungen überbieten — allein sie vergaßen, daß dem kolossalen Bierfuß des Schützenfestes nach unabhängiger Naturgesetz ein kolossaler Kagenjammer folgen mußte, und daß es für einen Dusel-Kandidaten ein sehr schlimmes Ding ist, wenn er vor der Wahl in einen Kagenjammer-Kandidaten verwandelt wird. Und der Kagenjammer ist denn auch, wie schon früher angedeutet ward, elementar gewaltig eingetreten und durch das Schützenfest-Defizit von rund 100,000 Mark, welches die Leipziger Bürgerchaft zu tragen hat — also ungefähr 4 Mark jede Familie — mächtig verstärkt worden. Kagenjammer-Kandidat und Defizit-Kandidat — das sind schlechte Ausichten. Der brave Bürgermeister Tröndlin hat sich mit dem Schützenfest und dem Schützenfestdusel identifizirt; er und seine Freunde werden sich nicht wundern, daß er nun mit dem Schützenfest-Kagenjammer und dem Schützenfest-Defizit identifizirt wird. Wer die Geschichte der französischen Revolution kennt, weiß, welche Rolle das Defizit damals spielte, und wie verberberlich „Monsieur Deslois“ (Herr Defizit) — Spitzname Ludwigs des Sechszehnten der Bourbonnenmonarchie geworden ist. Der „Herr Defizit“ wird auch dem Schützenbürgermeister Tröndlin verberberlich werden.

Die Geschlechter unter den Nationalliberalen haben dies begriffen, sie gesehen, daß es ein Fehler war, Herrn Tröndlin als Kandidat aufgestellt zu haben und rathen — zumal seine Kandidatur bisher noch nicht offiziell erfolgt ist, — einen anderen, besser geeigneten Kandidaten zu suchen. Aber woher nehmen und nicht stehlen? Die Persönlichkeit, welche geneigt wäre, den Leipziger Ordnungsführer zu vertreten, und bei dem Gros der Bürgerchaft geachtet und beliebt ist, hat bis zum heutigen Tag nicht gefunden werden können und wird auch nicht gefunden werden. Unter solchen Umständen ist es wahrscheinlich, daß man wohl aber über an der Kandidatur des unglücklichen Kagenjammer- und Defizit-Bürgermeisters festhalten wird — zum Gaudium der Sozialdemokraten.

Im Landkreis steht es ebenfalls vortreflich. Die Kandidatur Meine ist innerhalb des Lager'scherer Gegner auf vielfachen Wider-

stand gestossen. Herr Meine bietet durch seine politische Vergangenheit so viele Angriffspunkte, daß sogar seine eifrigsten Freunde am Sieg zweifeln. Die Fortschrittler wollen einen eigenen Kandidaten aufstellen. Kann und recht sein. Wir sind auf die Wahlkämpfe vorbereitet und haben die beste Aussicht, ohne Stichwahl zu siegen.

Aus den übrigen sächsischen Wahlkreisen lauten die Nachrichten durchweg gleich günstig. Doch — so weit es nöthig — wird das Parteiorgan dieselben direkt ergelten.

An der hiesigen „Bürgerzeitung“ ist ein Redaktionswechsel eingetreten. An Stelle des Herrn Peris, der wegen allerlei Differenzen sich zurückzog, wird jetzt das Blatt von einem neuen und unbekanntem Manne Namens Krüger redigirt. Herr Redakteur Krüger läßt sich in allen öffentlichen Versammlungen sehen und hören; er spricht demokratisch und sieht Anknüpfungen für seine Zeitung und Refruten für die Mag. Dunder'schen Gewerbevereine. Eins so hoffnungslos wie das andre. Durch seine Menschenfischei-Versuche im Interesse der Gewerbevereine hat er sich sattemal gekennzeichnet.

Der Rath der Stadt Leipzig beweist seine „Arbeiterfreundlichkeit“ dadurch, daß er den freien Hülfsklassen auf jede mögliche Weise das Leben erschwert und die Arbeiter mit Gewalt in die Ortskrankenkassen hineintreibt. Einen größeren Gefallen konnte der Rath der Stadt Leipzig, welcher die düsternen Wüthe unserer nationalliberalen Bourgeoisie umfaßt, der sozialdemokratischen Partei vor den Wahlen nicht thun!

— Schon wieder ein königlich preussischer Anarchist! In Diebstal (Bavaria) fand am 29. September Prosephandlung gegen die Verbreiter der bekannten Stellmacher-Plakate statt. Zwei davon, Robert Piau und Anton Wächler wurden zu drei Monaten Gefängniß, der dritte, Theodor Weich aus Dresden dagegen zu sechs Monaten verurtheilt.

Dieser Theodor Weich nimmt unser ganz besonderes Interesse in Anspruch. Der Bürsche, der sich schon bei der Verhaftung dadurch herauszuzeichnen suchte, daß er angab, er sei preussischer Polizeigent, dies aber später wieder leugnete, hat es im Laufe des Verfahrens vollständig bestritten und zugegeben, daß er von Berlin monatlich 100—120 Mark Spionengeld bekomme und dafür Berichte über die Anarchisten an eine „Frauensperson“ zu Händen der deutschen Polizei“ sandte. Und es wurde festgestellt, daß von dieser Seite her während der Haft des Bürschens 120 Mark bezugs besserer Verpflegung für ihn eingezahlt worden seien!

Recht nichtlich, nicht wahr? Weich hat eingestanden er mache fast ganz allein die Verbreitung des Plakates in Diebstal besorgt, er, der Polizeigent! hat zur „Anreise des Geschäftes“ ein kleines Raub-Attentat eingeleitet, wenn die fatale Verhaftung nicht erfolgt wäre! So etwas bringt Geld ein und gibt den Oberen Gelegenheiten, ihre staatsretterische Befähigung vor dem gläubigen Publikum im glänzendsten Lichte erscheinen zu lassen.

Und es finden sich immer noch Dumme, die sich von solchen Polizeigenten anführen, sich durch „rauidales“ Gebahren täuschen lassen! Sie sehen nicht ein, daß die ganze Anarchisterei ein gesundes Treiben ist für das Heer von Schmarozern, das sich „politische Polizei“ betreibt. Wie das die Geier, so laßt die Verschönerungsspielerei das Lumpen- und Abenteuergeistes an. Vor demselben kann man sich nur dadurch schützen, daß man ihnen die Möglichkeit nimmt, ihr schmutziges Geschäft mit Erfolg zu treiben, d. h. „lohnende Entdeckungen“ zu machen. So öffentlich wie nur möglich, daß muß die Parole jeder Bewegung sein, die auf die Waise berechnet ist.

Die Verantwortung für dies infame Spielwesen fällt also für Deutschland auf diejenigen Juristen, welche heute Hunderttausende von Staatsbürgern ihrer einfachsten politischen Rechte berauben, sowie auf die gewissenlosen Abenteuerer, die das Provoletionsgeschäft ihrer Eitelkeit zu Liebe freivolig betreiben. Darum unverdächtig Krieg den Seiten wie den Anderen!

— In Rürnberg ward am 26. September der Prozeß Peukert contra Grillenberger verhandelt. Herr Peukert hatte sich demüthigt gesehen, Grillenberger, der in der „Frankfurter Tagespost“ eine Korrespondenz veröffentlicht hatte, in der das Treiben dieses anarchischen Rundhelden gebannt wurde, dieferhalb zu verklagen — anfangs wegen Verleumdung, dann bios wegen Beleidigung. Zweifelsohne rechnete Herr Peukert darauf, daß der Haß der Rürnberg'schen Bourgeoisie gegen unseren Genossen auch im Auspruch des Gerichtshofs zum Ausdruck kommen werde, aber er hatte sich diesmal verrechnet. Der Zeugenbeweis fiel so erdrückend gegen ihn aus, daß die Richter wohl oder übel Grillenberger freisprechen mußten.

Natürlich werden Herr Peukert und seine Freunde jetzt die Ausflucht gebrauchen, das Urtheil eines Bourgeoisgerichts habe für sie keinen Werth. Das wird ihnen aber ebenso wenig nützen wie das mit mathematischer Sicherheit vorauszusetzende Verschrei über Denunziationen u. s. w. Denn Herr Peukert war es, der das bürgerliche Gericht angerufen, Herr Peukert war es, der die öffentliche Verhandlung provoziert hat, und wenn dieselbe für ihn weniger günstig abgegangen als der famose Werstlinger Prozeß, so mag er sich mit Georges Dandin sagen: Du hast es selbst gewollt.

— Weit zurück in der Kultur. Daß und warum England, ein für die Idealität des deutschen Philisters, dessen Gunst gründlich verschert hat, wissen unsere Leser. So wird es sie denn auch nicht Wunder nehmen, daß besagter deutscher Philister, gleich einem Liebhaber, der seiner Schönen aberdrüssig geworden, einen Fehler nach dem andern an seinem früheren „Ideal“ entdeckt. Die bisher schlimmste Entdeckung dieser Art ist, daß England — man denke! — nicht einmal ein „Kittierstaat“ ist. Da muß ja der letzte Rest von Achtung schwinden!

Aber noch schlimmer! Jetzt macht ein Artikel über die englische Kriegsflotte die Kunde durch die deutsche Presse, der nachweist, daß England nicht einmal zur See unverwundbar ist. Und da heißt es am Schluß: „Endlich — so unglaublich es auch ist — England besitzt kein einziges Torpedoboot.“

In der That, unglaublich! Kein einziges Torpedoboot. Und das will ein Kulturstaat sein? Rächerlich.

— Ein Stein von Herzen. Wir bestanden uns in der vergangenen Woche in großer Verzornung. Es hieß, die Konservativen im 2. Berliner Wahlkreis wollten die Kandidatur Stöcker fallen lassen. Das hätte uns sehr leid gethan. Der biedere Hospfasse hat sich so oft mit den 12,000 Stimmen gebrüht, die er 1881 dort erhalten, und so oft damit geprahlt, seine Agitation habe die sozialistische Stimmenzahl in jenem Kreise, wie in Berlin überhaupt, gewaltig zurückgedrängt, daß wir es wirklich bedauert hätten, wenn er der Gelegenheit beraubt worden wäre, die Solidität seiner Erfolge zu bewähren. Nun, unsere Befürchtung war voreilig, die Konservativen haben ein Einsehen gehabt und halten an ihrem Hosprediger fest. Wir sind ihnen von Herzen dafür dankbar, denn wir gönnen dem Apostel des „christlichen“ Sozialismus keinen — Triumph.

Auf Wiedersehen, Herr Stöcker, am Tage „Simons und Judä!“

— Oesterreich. Kürzlich fand in Wien ein sogenannter Gewerbetag statt, d. h. ein Kongreß von fünfzigstimmigen Klein-gewerbetreibenden. Von welchem Geiste diese Gesellschaft befeuert war, zeigte sie dadurch, daß sie von ihren Berathungen die Berichterstattung der Presse, abgesehen von drei Reportern ihrer Richtung, ausschloß. Unter sich machten die Herren dann am so ungenierter ihrem Kleinbürglichen Haß gegen die moderne Entwicklung der Industrie Luft, und einer der lautesten Schreier in dieser reaktionären Gesellschaft, der es auch nicht unterließ, wüthlich in Antisemitismus zu machen, war niemand geringerer als Herr Dunstatter, der „radikale“ Sozialist, will sagen Anarchist, der nie genug auf die bösen „Gemäßigten“, diese „Spießbürger“ vor dem heiligen Dams, zu schimpfen wußte.

Ja, die bösen Gemäßigten! Sie lassen sich durch nichts imponiren, weder durch zukunftsreiche Phrasen noch durch künstliches Gezeir. Und so hielten denn unsere Freunde vom Beren „Wahrheit“ am 14. September eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Barbos die Beschäfte des famosen Gewerbetages vom Standpunkt des kassendebewußten Arbeiters kritisierte. Diese Kritik gipfelte in folgender vortreflichen Resolution:

„Die Beschlüsse des dritten oesterreichischen Gewerbetages sind reaktionär, schädlich und total unwirksam; ihr Zweck, das Klein-gewerbe vor dem Untergange zu bewahren, wird nie erreicht werden, höchstens wird durch sie eine Verlangsamung jenes Aufstiegsprozesses bewirkt,

in dem sich das Handwerk heute befindet. Die Gewerbetreibenden führen gegenwärtig den Kampf um ihre Existenz. Allein in diesem Bestreben, sich zu erhalten, gerathen sie nicht nur in Konflikt mit dem öffentlichen Interesse, sondern auch speziell mit dem des Arbeiterstandes, denn das Gewerbe will den Kampf mit der Großindustrie auf Kosten der Arbeiterschaft zu Ende führen. Für den Arbeiter jedoch ist der Handwerker so gut wie der Großindustrielle nichts Anderes als ein Ausbeuter seiner Arbeitskraft. Beide, Fabrikant und Gewerbetreibender, wetteifern in dem Bestreben, das Arbeitsvermögen des gemietheten Profitiers so weit als nur irgend thümtlich auszunutzen und den möglichst größten Kapitalgewinn daraus zu ziehen. Insofern könnte es dem Arbeiter vollkommen gleichgültig sein, ob ihn der große oder der kleine Industrielle ausbeutet.

„Ein Anderes ist es jedoch, wenn der Gewerbetreibende verlangt, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Normalarbeitszeit, über Frauen- und Kinderarbeit, sowie über die Sonntagsruhe nur für die Fabriken gelten sollten, insofern das Klein-gewerbe über seine Arbeiter nach Belieben verfügen könne. In diesem Falle muß sich der Arbeiterstand entschieden gegen die heuchlerischen, egoistischen und inhumanen Bestrebungen des Klein-gewerbetages verhalten. Es ist ein im höchsten Grade verwerfliche Handlungsweise, das konkurrenzunfähige Handwerk auf Kosten der Gesundheit, der Lebenskraft und des Lebensglüdes des Arbeiters konkurrenzfähig zu machen. Die Klein-gewerbetreibenden wollen nichts Anderes, als sich ein gesetzliches Monopol auf eine scharflose Ausnutzung ihrer Arbeiter ertheilen lassen. Nur ihnen soll es erlaubt sein, beliebig lang und beliebig viel Kinder zur Arbeit zu verwenden; nur ihnen soll es erlaubt sein, dieselben in eine Sonntags- nachmittags- Schule zu schicken, damit sie am Sonntag in der Werkstätte arbeiten könnten; nur ihnen soll es erlaubt sein, die Arbeitszeit für alle Arbeitnehmer ganz nach Gefallen auszuweihen. Wenn wirklich nur so das Klein-gewerbe erhalten werden könnte, dann wäre es wahrlich besser, es ginge ganz zu Grunde.

„Durch die proponirten Maßnahmen des Gewerbetages wird aber auch der Arbeiter in seiner Eigenschaft als Konsument schwer geschädigt. Die Hindernisse, welche die Gewerbetreibenden in der Form von Befähigungs-Nachweisen der Fabrikanten und Händler, durch Meister- und Gesellen-Löhne und durch die Beschränkung des Handels der freien Produktion in den Weg legen wollen, würden sich besonders dem Arbeiter durch die Erhöhung der Kaufpreise in empfindlicher Weise fühlbar machen.

„Es liegt übrigens auch gar nicht im Klasseninteresse des Arbeiterstandes, den Bestrebungen zur Erhaltung des Mittelstandes seine Sympathien entgegenzubringen. Der Arbeiter lebt im Gegentheil, gestützt auf die Lehren der Sozialwissenschaft, die Ueberzeugung, daß nur eine Ausbildung der Klasseengegenätze die Umänderung der herrschenden Produktionsweise und eine für den Arbeiter günstige Werthschaffungsperiode hervorruft kann. (Sehr richtig! Die Redaktion.)

„Aus allen diesen Gründen mißbilligt die Versammlung das reaktionäre Treiben des Gewerbetages, der wohl für ein Kosteninteresse, doch nicht für das Klasseninteresse eintritt und erklärt, es sei für die allgemeine Wohlfahrt am dienlichsten, wenn die Produktion nicht durch Privilegien gebindert sei, wenn auch das Klein-gewerbe einer strengen Arbeitergelehrung unterworfen wäre, wenn die handwerklichen, schädlichen Krankheitsfälle verboten würden und durch freie Hülfsklassen ohne Theilnahme der Arbeitgeber ersetzt würden und endlich, wenn den Arbeitern weitreichende politische Rechte gewährt würden, damit die Geseze für die Arbeiter auch durch die Arbeiter gemacht würden.“

Bravo!

— Aus Süd-Australien. Da Polizeischurkerei und schlechter Geschäftsgang viele Genossen in Deutschland veranlaßt, das Letzte dran zu setzen und der alten Heimat den Rücken zu kehren, so ist es an der Zeit, daß wenigstens Einer auch von hier etwas hören läßt, obwohl ich wünsche, es würde sich eine begabtere Feder dazu finden als die meinige. So miserabel als im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte ist es Alles in Allem hier noch nicht, wengleich sich die Verhältnisse in den letzten vier Jahren bedeutend verschlechtert haben. Die Geschäfte liegen jetzt alle darnieder und Bankrotte sind an der Tagesordnung. Der Hauptgrund liegt in den schlechten Ernten. Die letzte war freilich gut, aber der Preis des Weizens ist so niedrig, daß die Farmer nicht im Stande sind, die Schulden der vorherigen drei schlechten Jahre zu bezahlen.

Das vorhergegangene Jahr war so trocken gewesen, daß die Farmer in dem nördlichen Distrikte nicht im Stande waren, Saatweizen zu schaffen. Sammlungen wurden veranstaltet, um die nothleidenden Farmer zu unterstützen; die Regierung erließ die Zinsen für auf Kredit gekauftes Land. Daß sich unter solchen Umständen die Lage der Arbeiter verschlechtert, ist natürlich; außerdem trägt die starke Einwanderung der letzten Jahre zum Sinken der Löhne bei.

Unbeschäftigte Arbeiter gibt es in Adelaide, unserer hiesigen Hauptstadt, so viele, daß die Regierung sich veranlaßt gesehen hat, allen Beschäftigten zu versprechen, welche für 6 Schilling per Tag bei 8 Stunden Arbeitszeit arbeiten wollen (Eisenbahn, Straßenbau etc.). In Versammlungen, die hier stattgefunden, wurde jedoch bemerkt, daß Arbeiter mit 6 Schilling nicht auskommen können. Vor 3 Jahren war der Lohn 8—9 Schilling, jetzt bietet sie nur noch 6 Schilling, ja, einige dieser Herren behaupten sogar, 6 Schilling wäre noch zu viel. Trotzdem sind die Löhne gefallen, die Preise der Lebensmittel aber freiwedweg in dem Maße wie die Löhne, gerade das Gegenteil. Fleisch ist z. B. im letzten Jahr um das Doppelte im Preise gestiegen; wir sind hier so weit gekommen, daß australisches Fleisch auf dem englischen Markt um 1/2 Penny das Pfund billiger ist wie hier. Ganze Schiffsladungen Fleisch werden im verrottenen Zustand von Australien nach London geschickt und dort zu 5 Pence das Pfund verkauft, und hier kostet es 6 1/2—6 Pence. Brod ist auch nicht im Verhältniß des billigeren Preises gefallen. Zucker, Thee u. s. sind in Folge Erhöhung der indirekten Steuern gestiegen, auch die Biersteuer soll noch erhöht werden. Der Hauszins ist eben auch hoch genug; in Adelaide beträgt der Zins für ein geräumiges Haus 9—11 Schilling pro Woche. Ja kann nicht begreifen, wie die Arbeiterfamilien mit ihrem Lohn auskommen können. Der alleinbestehende Arbeiter steht sich wohl günstiger, aber Dunderste laufen herum, ohne Arbeit zu finden. Die Roth ist, wie hiesige Zeitungen berichten, in Adelaide so stark, daß sich Komites gebildet haben, um Lebensmittel auszu-theilen; in Southampton sind auch hier errichtet worden.

Die Bäckergelehen lagen hier im Streik, um eine achtstündige Arbeitszeit durchzusetzen, derselbe hat sich aber im Sand verlaufen; es waren zu wenig Stellen daran theilhaftig, um die Meister zu zwingen.

Es wird hier allgemein behauptet, die Mehrzahl der neuen Einwanderer wäre nicht brauchbar für diese Kolonie; daß ist vielfach auch der Fall. Reumundungig von hundert Einwanderern sind Industriearbeiter und Kaufleute. Keine Kolonie Australiens ist aber in der Lage, alle Geschäftskräfte zu beschäftigen. Die Industrie liegt noch in den Kinderschuhen; so bleibt dem Ankömmling keine Wahl, als beim Farmer Arbeit zu suchen. Ist es kurz vor der Ernte, so wird sein Sueden nicht lange dauern. Arbeiter sind dann gewöhnlich knapp und der Lohn steigt bis auf 35 Schilling die Woche. Das dauert aber höchstens vier bis sechs Wochen, dann kann er wieder gehen und die paar Pfund, die er erübrigt, wieder zusehen. Ist der Arbeiter gefunden, Farmarbeiter zu bleiben, nun, so bekommt er gewöhnlich 10 Schilling, bis er gelernt, mit Pferden umzugehen. Der Durchschnittslohn beträgt 1 Pfd. Sterl. (20 Mk.) die Woche. Es vergehen aber sicher 3—4 Jahre, bis er sich in die hiesigen Verhältnisse eingelebt.

Geselligen Leben gibt es hier wenig oder gar nicht; von früh bis spät wird gearbeitet, die Kost ist fast überall miserabel; gewöhnlich wird für die ganze Woche nur einmal gekocht und gebadet; die Wohnungen sind schon mehr Schweineställe. Erntemaschinen dienen den Arbeitern vielfach als Schlafräume. Zur Ehre der deutschen Farmer muß ich sagen, daß ich bei ihnen dergleichen noch nicht wahrgenommen; mit den Löhnen hapt's aber gewöhnlich, wenn sie Reulinge bekommen können; ich habe darin gründliche Erfahrung gemacht.

Vor einiger Zeit wurde mir ein Zeitungsausschnitt aus einer sächsischen Zeitung zugesandt, worin es hieß, die wohlhabenden deutschen An-siedler in Adelaide hätten ein Komitee gebildet, um unbemittelte deutsche Einwanderer zu unterstützen; mir ist davon, so lange ich hier bin, nichts bekannt geworden. Für „Wilhelmsspende“ ist meines Wissens noch mehr gethan worden, als für unbemittelte Einwanderer. Die Wohlthätigkeit der hiesigen wohlhabenden Deutschen für den „alten Lehmann“ und Bismarck ist widerlich. Schimperei auf Sozialdemokraten ist Mode geworden.

Die Süd-Australische Deutsche Zeitung hat schon Angst, daß hier der Sozialkommunismus eingeführt werde, vorläufig freilich bloß der Henry

George'sche; George's Buch „Progress and Poverty“ (Fortschritt und Armuth) hat seine Verehrer bis an Ministerien gefunden; der Landminister scheint ganz für dasselbe eingenommen zu sein und will ein Gesetz einbringen, das kein Regierungsland mehr verkauft werden soll, sondern bloß in Pacht gegeben. Derselben Ansicht sind mehrere neue Parlamentsmitglieder. Es wäre allerdings zu wünschen, daß der Erwerb so großer Länderflächen, wie sie hier bisher stattgefunden, Einhalt gelassen würde.

Würde der Sozialismus in Australien so große Fortschritte machen als die „Armee der Seligmacher“ (Salvation Army), so hätte Australien Deutschland bald überflügelt. Dieser religiöse Wahn zum Zweck der Beutelschneiderei scheint sich wie die Pest über das ganze Land zu verbreiten. Ganze „Salven“ von Gebeten und Hymnen werden auf der Straße abgefeuert — richtiger abgeleiert, die Blut- und Feuer-Soldaten lassen sich durch nichts abhalten. Vor nicht langer Zeit fand ein Umzug der bekehrten Schönheiten statt; dieselben waren mit Palmweigen und Tamburins ausgerüstet und vollführten damit in den Straßen Adelaide's einen Höllenlärm. „War Cry“, „das unfreiwillige Wipplatt“ dieser Sekte, behauptet, daß ein Zusammenbruch bevorsteht. Nun, das glauben wir auch. Es liegt an uns Genossen, halten wir treu zur Fahne, dann ist der Sieg unser. **Australien.**

Korrespondenzen.

Pirna. Die Verbreitung einer Anzahl Exemplare der Nr. 28 des Parteiorgans in unserer Stadt hat eminentes Aufsehen erregt. Die Ausführungen des Artikels werden beifällig beurtheilt, und allgemein bedauert, daß nicht mehr Blätter verbreitet worden sind. Dieser Umstand und die offenbar nur von der peinlichsten Verlegenheit der angegriffenen Ailique distirte Unerschämtheit, alles von uns Vorgeschichte, als ein Vagabundengebeide widerwärtiger Art zu bezeichnen, veranlaßt uns, die Redaktion des „Sozialdemokrat“ zu bitten, uns zu einer Replik ihre Spalten nochmals zu öffnen, obwohl wir überzeugt sind, daß zur Führung derartiger Polemiken das Parteiorgan eigentlich nicht geschaffen ist. Doch zur Sache! Also, Ihr Herren, alles in Nr. 28 dieses Blattes Gesagte halten wir für richtig, bis auf's Küchlein auf dem i. Ist es wirklich Lüge, daß Bürgermeister Dehlschlager durch allerlei schamlose Manöver die ganze städtische Verwaltung umgestürzt hat? Ist es Lüge, wenn wir sagen, daß er in erster Linie eine persönliche Verwundung bezweckt? Hat man sich beim Umbau der Breitenstraße nicht um 40,000 Mark dem Voranschlag gegenüber verrechnet? Sind die Kommunalverhältnisse in dieser Stadt nicht die denkbar drückendsten, wie ähnlich wohl in keiner zweiten Stadt Sachsens? Sind das Lügen? Herr Dehlschlager, ist es etwa gelogen, wenn wir behaupteten, daß Sie die Gesetze in einer Art und Weise mit Füßen treten, wie wohl kaum ein zweiter Ihrer Kollegen, die doch in Deutschland sämtlich an „Schneidigkeit“ nichts zu wünschen übrig lassen? Warum trieben Sie mit jenem armen Menschen, der zuerst die betreffende Krankenkassen-Versammlung anmeldete, eine so niederträchtige Komödie? Warum benutzten Sie seine Knechtlichkeit und Unerfahrenheit und ließen sich Amts-Nebergriffe zu Schulden kommen, für die Sie eigentlich in's Justizhaus gehören? Warum rissen Sie dann plötzlich einen ganz andern Ton, als Ihnen ein Mann entgegentrat, der das Gesetz kannte und der Ihnen begreiflich machte, daß selbst ein Bürgermeister die Gesetze achten muß? Warum fielen Sie ihm dann die Beschleunigung zu einer Verurteilung aus, in der sogar ein sozialistischer Abgeordneter sprechen sollte, während sie dem Ergehnamanten, der doch nur einen Dresdener Arbeiter als Referenten angemeldet hatte, verweigert wurde? War das recht? Sind wir im Unrecht, wenn wir derartige Gemeinheiten an den Pranger stellen? Und nun vollends gar das brutale Vorgehen der Arbeiter gegenüber in der Steinmetz-Kolonnenbewegung? Soll das auch Lüge sein? Wahrlich, man muß sich wundern, woher diese Gesellschaft den Muth zu derartigen Behauptungen nimmt. In ganz Deutschland — selbst in Berlin — haben die Behörden nicht einen solchen Haß den Arbeitern gegenüber an den Tag gelegt. Rein, Ihr Herren, wir Sozialdemokraten haben nicht nöthig, uns entehrender Mittel zu bedienen; das überlassen wir Euch, die Ihr ja in dieser Art, Eure Gegner zu bekämpfen, es zu einer bewundernswürdigen Fertigkeit gebracht habt. Oder meint Ihr, uns umgestürzt der Lüge und Entstellung bezichtigen zu können, weil Ihr uns durch ein infames Ausnahmengesetz die Nützlichkeit einer sofortigen nachdrücklichen Vertheidigung beraubt? Uebrigens hindert uns — wie Figura zeigt — dieses Gesetz keineswegs, Euch recht un bequem zu werden; seit sechs Jahren sind wir bereits mit ihm fertig geworden, selt zu, wie Ihr mit uns fertig werdet!

Ein Sprichwort sagt übrigens, daß, wer selbst in einem Glashause sitze, ja nicht nach Anderen mit Steinen werfen solle. Das mag sich namentlich der Amtsrichter a. D. Dopyj gesagt sein lassen, der dem Drange nicht widerstehen konnte, im hiesigen Amtsblatt eine, allerdings gründlich verunglückte Rohrenwache an unserm Bürgermeister vorzunehmen, uns aber — den löwen Rügern — gestützt auf ein Zitat aus der Bibel, die Aussicht zu eröffnen, in Gemeinschaft mit den Dieben an den Galgen zu kommen!

Nun, werther Herr Amtsrichter, wer da wohl fürchten möchte, zuerst zu baumeln?! Wenn Sie übrigens so überhebt sind, dann beherzigen Sie doch ein wenig das 6. und 8. Gebot! Oder sollen wir zu Rügen und Frommen der lieben Pirnaer etwa erzählen, wie ein Mann, der wegen verächtlicher dummen Streiche schon mehrere Jahre jenseits des großen Wassers zugebracht, trotzdem zu den Vertrauensmännern eines Lokalrichters und Konkursverwalters kommen konnte, nur weil er bereit war, aus Gründen, die für den Herrn Amtsrichter Dopyj sehr wünschenswert waren, dessen Wirtschaftlerin zu heirathen und es zu thun, daß dieser sich dann und wann zu einem Schäfersündchen bei ihr einfindet. Recht nett, nicht wahr?

Und nun noch kurz zu dem Diodorenpaar Zschiesing-Dehlschlager.

Zschiesing, der sich in seinem vorigen Wirkungskreise Kofwe in unzulässig gemacht hatte, weil kein anständiges Mädchen und keine ehedem Frau seiner frechen Judringlichkeiten sich wehren konnte, wurde trotzdem in Pirna als Polizeiwachmeister angestellt und hat als solcher sich in neuester Zeit u. A. durch folgendes Stückchen hervorgethan:

Anlässlich eines nächtlichen Skandals zwischen einem Ehepaare machte sich das Einschreiten der Aufsichtsorgane notwendig. Unser Zschiesing ließ hierbei den Ehemann, als den Hauptthäter, in Polizeigewahrsam bringen. Bis hierher wäre nun die Sache ganz gut gewesen. Aber an anderen Morgen — was war das? Da kam zum Erschaunen der Nachbarschaft unser Wachmeister aus der Wohnung des durch ihn arreirten Ehemannes. Wie sich herausstellte, hatte Zschiesing sich wieder in die betreffende Wohnung zurückgezogen, angeblich um sich von der Frau die Ursachen des häuslichen Zwistes erzählen zu lassen, was sonderbarer Weise die ganze Nacht in Anspruch genommen hatte. Eine von dem betrogenen Ehemann erhaltene Anzeige, sowie verschiedene bei den Behörden eingelaufene Schreiben hatten denn auch zur Folge, daß seitens der Staatsanwaltschaft Erhebungen angestellt wurden. Indef schlug man die Untersuchung auf Betreiben Dehlschlager's nieder, nicht etwa, weil sich Zschiesing's Unschuld herausgestellt, — o nein! — sondern „weil die als Zeugen und Ankläger in Betracht kommenden Personen nicht glaubhaft seien!“

Durch sein despotisches Auftreten hat sich unser Stadtoberhaupt auch in den sogenannten „besseren Kreisen“ viele Feinde geschaffen, welche ihm gern ein Knäppelchen zwischen die Beine werfen möchten.

Wie wir schon andeuteten, kündigt Dehlschlager, obgleich verheirathet, auch außerhalb seiner Familie, und nicht bloß platonisch, dem „einig Weibchen“, und ist er hierbei keineswegs sehr wäckerlich, sondern steigt ziemlich tief zum Volk herab. An dieser seiner Achillesverse ihn zu treffen, darauf gerichtet jene Wühlergängen ihren Plan. Sie schloffen eine Summe von 100 Mark zusammen, welche die betreffende Revisorin erhalten sollte, wenn sie es einrichten würde, daß man den Dehlschlager „lassen“ könne. Durch vorzeitige Schwägerin bekam dieser jedoch Wind von der Geschichte, und mußte daraufhin der hiesige Waldwarter und Hilfspolizist Dietrich, welcher die Vermittlerrolle gespielt hatte, sofort von seinem Posten; ein Anderer aber, der Stadtammeister Haupt — eine Hauptstütze der hiesigen „Fortschrittspartei“ — wurde derartig kompromittirt, daß er sein Dienstverhältniß ebenfalls sofort lösen mußte und bereits seit 1. September in die Privatpraxis zurückgetreten ist.

Eine nette Gesellschaft, nicht wahr? Nun, vielleicht unterlassen Sie es jetzt, mit erheuchelter fittlicher Entrüstung uns Sozialdemokraten lachweg Lügner und Verleumdung zu schimpfen, wenn wir Ihnen gelegentlich einmal auf die Hüftaugen treten.

Zum Schluss machen wir diejenigen, denen vielleicht diese Nummer zugesellt werden sollte, darauf aufmerksam, daß sie nicht verpflichtet sind, den darnach fahrenden Spiegeln dieselbe auszuhandigen, wie dies das letzte Mal mehrfach der Fall war. Sie sind vielmehr gesetzlich berechtigt, den solch unerschämtes Verlangen an sie Stellenden ganz energisch die Thüre zu zeigen. **Veritas.**

Partei-Archiv.

Für das Partei-Archiv gingen ein:

- Von H. E. in A.: 1 Karte der Ausbreitung der Sozialdemokratie in Deutschland im Jahre 1878.
- G. J., Wollschöten: 1 Exemplar „Arbeiterzeitung“ (Bern) Nr. 1-4, 10-20, 22-25.
- L. Z., Plunier: „Aus dem Sozialdemokrat“.
- A. R. aus Amerika: 1 Statuten der S. A. A.
- 1 Vortrag über republikanische Tugend.
- E. L. Koell, Sozialpolitische Katechismus.
- A. B. Leipzig: „Die Wage.“ 1873, 1874, 1875, 1876, 1877, 1878, 1879. (Mit Ausnahme des kompletten Jahrgangs 1878 fehlen bei sämtlichen Bänden einzelne Nummern).
- Der Reichsbürger 1879-81 (inkomplet).
- „Deutsche Arbeiterhalle“ 1888. 18 div. Nummern.
- „Die Arbeit“ 1866. 12 diverse Nummern.
- 1 Freische; Die Buchführung für Gewerksvereine und Krankenkassen.
- 1 D. Vogel: Die Cholera und die Staatshilfe.
- 1 A. Bäcker: „Bitter-Süß.“
- 1 „ „ Der Sündenfall des Schweizerischen Böhrenwesens.
- 1 „ „ Eine Kantonalbank.
- 1 Otto, Walker: Der Dreißiger Dienstmann-Skandal.
- 1 Jul. Kräcker: Der Kampf gegen den Sozialismus.
- 1 Oppenheimer: Offener Brief.
- 1 Seifarth: Entstehung und Ziele der Sozialdemokratie 1. und 2. Auflage.
- 1 Th. Stamm: Vide auf das Volksweld.
- 1 E. Wintersberg: Hundert Sätze vom Staat.
- 1 Demmler: Neues und Altes.
- 1 „ „ Das mecklenburgische Staatsgrundgesetz von 1849.
- 1 Brosek Siener.
- 1 Socialism and the worker.
- 1 Forderungen der Arbeiter.
- 1 Koller: Dirsch-Dunder'sche Musterstatuten.
- 1 Beckendahl: Aktienräuber.
- 1 Geiser: Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung.
- 1 Arbeitertag für Braunschwieg.
- 1 Babel: Rede zum Reichshaushaltsetat 1881/82.
- 1 „ „ Rede zum Sozialistengesetz 1878.
- 1 „ „ Wie unsere Arbeiter leben.
- 1 „ „ Rede zum Militärsetat 1880.
- 1 Der Sieg der Sozialdemokraten.
- 1 Unterstützungswohnsitz vor dem Sächsischen Landtag.
- 1 B. Lindau: H. Raffel's letzte Rede.
- 1 Freische-Hasselmann vor dem deutschen Reichstag.
- 1 J. Brucker: Die Sozialdemokratie.
- 1 A. Heine: Die Ungleichheit der Halberstädter Steuervertheilung.
- 1 Schlosser: Geschichtskalender 1874-1877.
- 1 diverse Protokolle und Statuten.
- 1 Parke: Geheime Geschichte der Internationalen Arbeiter-Assoziation.
- 1 Kori: Wohl: Zur deutschen Finanzlage.
- 1 „ „ Denkschrift für eine Reichs-Tabaks-Regie.
- 1 „ „ Kommissionsbericht der württembergischen Kammer über indirekte Steuern.
- 1 Dr. A. Walker: Die sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen.
- 1 Die 5. Generalrechnung des Vereins für Sozialpolitik.
- 1 Ueber die Arbeiterfrage.
- 1 Das rothe Gespenst.
- 1 S. Albert: Die Rothwendigkeit der Getreidezölle.
- 1 J. Prince-Smith: Jakob's Ziel der Arbeiter-Bewegung.
- 1 G. Schönberg: Arbeitsämter.
- 1 Uruh: Volkswirtschaftlicher Katechismus.
- 1 Das preussische Staatsbewußtsein.
- 1 Der wahre Erbfeind Deutschlands.
- 1 Bericht über das thurgauische Fabrikwesen.
- 1 F. Perrot: Die moderne Wirtschafts-Gesetzgebung.
- 1 Die Reformation des Eigentumsrechts.
- 1 A. Wächter: Die Arbeiterfrage.
- 1 Ergebnisse der Erhebungen über die Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken.
- 1 Ergebnisse der Erhebungen über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter.
- 1 D. Conzen: Agrikultur und Sozialismus.
- 1 Die englische Arbeiterbewegung im Jahre 1871.
- 1 Scharias: Die Bevölkerungsfrage.
- 1 R. Ellero: La Question sociale.
- 46 diverse Broschüren.
- 1 Diverse Nummern von Zeitungen und Zeitschriften. Wahlflugblätter.
- 2 Bilder von Kofmäler.
- 1 Eichhoff: Arbeiter-Kalender für 1868.

Fernerem Sendungen sieht entgegen

Die Archivverwaltung.

Briefkasten

der Redaktion: F. L. in London: Ihre Korrespondenzen, für die wir Ihnen sehr dankbar sind, konnten leider bisher nicht zum Ausdruck kommen, weil lassen Sie uns aber zur Information dienen. — E. R. in R.: Besten Dank; in nächster Nummer. — Bremen, J. G. in New York und R. in Königsberg: Desgleichen.

der Expedition: Bingermann: Nr. 2 — Ab. 4. Du. pr. Hön. — Ganten: Nr. 9 — Ab. 3. Du. — Bantaleon und 150 Andere: Gefährd. hier. Das Raatsanwaltschaftliche „Ja“ hinter unsern Einsparnern fand allermärts — nur das Echo veränderter Seelen jenseits der Gletsbrücke. Deshalb Alles wohl! — Der Bekannte: Nach hier. Alheres hoffen unterwegs. — P. U.S.: Nr. 25 20 Ab. 3. Du. — Durch Zwischenhand Fehlbend ist gefunden und weiterbefragt. Bllg. fort. Weiteres folgt. — Berrina: Rastri! Besteltes kommt, sobald reisefertig. An Sie zufällig nichts beim Ergatterten. — n-h.: Erschien 1879 im Verlag der Volksbuchhandlung. Weiteres Hl. — Rother Hagin J. und Andere: Welden Sie uns doch stets bei jeder Korrespondenz eingegangenen oder sendende Eban. oder Hie. n. mit an. — Bürger Sanftmuth: Innere Ab. überflüssig. Auftrag befragt. — Gänsefelder: Kommt Alles noch. Hl. Weiteres. — Eibrg.: „Rur tüchtig hingelicht“, schreiben Sie doch. Nun — mag er ausknaufen. — Pfaffenfeind G. St. 674: Sehr gut. Also auch in Ihrer „schönen Gegend“ singt „Bruder Langohr unsriges“? — Rother Becker: Ab. geordnet. G. über H. befragt. — Johannes B.: Stimmt. Weil wir irrtümlich. Weiteres nach Wunsch. — a. d. Eiber: Hf. v. 28/9. am 1/10. beamt. — Roland: Nach. — Der Nordische: Nr. 3 — Ab. 4. Du. und Ab. 4. Du. — R. L. H.: Nr. 30 — Ab. 3. u. 4. Du. — Ab. 4. Du. — Zug: Nr. 13 50 Ab. 3. Du. — Nr. 5 50 pr. Wfd. Hf. verwendet. — Wilhelmus: Nr. 50 — a. Cto. — Ab. 4. Du. — Rother: Nr. 3 — Ab. 4. Du. durch Freundeshand — E. G. Erb.: Nr. 22 10 Ab. pr. Ende 84

erh. — R. Tschy Callowic Aust. asien: Nr. 5 — pr. Wfd. u. Nr. 3 — pr. Wfd. Hf. — Weiteres pr. Bllg. — E. R. Pr.: Wfd. 2 78 Ab. 4. Du. Cto. Wln. erh. — Rother Fahne: Nr. 42 — Ab. 3. u. 4. Du. erh. Mehrbest. folgt. — Schwarzer Taugenichts: Nr. 30 — a. Cto. Ab. 2c. gutged. Ihr Bürgermeister scheint die Hörner mit auf die Welt gebracht zu haben. Wie? — New York: Nr. 1500 — v. H. C. C. de: S. A. Partei R. A. 5. Rate pr. Wfd. Hf. erh. — Hundemacher: Bllg. folgt. Ab. notirt. — Lodernde Flamme: Nr. 6 — Ab. 3. u. 4. Du. erh. Nr. 2 — pr. Wfd. u. Nr. 2 — pr. Wfd. Hf. verm. — Ab. 2c. geordnet. — Regel Hf.: Nr. 1 — pr. Wfd. Hf. erh. — W. S. Hbg.: Nr. 5. 65 f. Schft. erh. — J. A. Wn.: Nr. 3 — Ab. 4. Du. erh. — A. R. Hg.: Nr. 3 — Ab. 4. Du. erh. — Dr. G. A. H.: Nr. 4 30 Ab. 4. Du. erh. Schft. nach Wunsch. Nachn. unmöglich. — H. Sch.: Nr. 3 — Ab. 4. Du. erh. — Rabludatel: Nr. 6 — Ab. pr. Ende 83 erh. Schft. Vertrieb f. d. Schweiz ist bei Volksbuchhandlung, wo Betreffendes entnommen werden kann. — Zanner D'straß: Nr. 2 — Ab. 4. Du. erh. Weiteres bei der Bllg. zu beziehen. — J. R. Roos: Nr. 1 50 pr. Wfd. Hf. erh. — E. F. Beauvais: Nr. 6 25 Ab. bis Ende März 85 u. Schft. erh. — Dtschr. Verein Frauenfeld u. Schuhmachergewerkschaft W'har: Nr. 5 — gef. bei einem gemeinschaftl. Ausflug f. d. dtsch. Wahlkampf Hf. erh. — R. H. Rsbch.: 50 Ctl. f. Hgbl. erh. — Freisch auf Egg.: Nr. 12 — Ab. 4. Du. erh. Hf. schft. später. —

Soeben ist erschienen und durch Unterzeichnete zu beziehen:

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats.

Von Fr. Engels.

Billige Ausgabe.

Diese bedeutende, 148 Oktavseiten starke Schrift kostet bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren Fr. 1 — (80 Hg.) netto pr. Exmpl.; bei Bezug von weniger als 5 Exemplaren stellt sich der Preis auf Fr. 1 25 (1 Mk.).

Porto extra.

Zahlreichen Bestellungen sehen entgegen:

Expedition des Sozialdemokrat. Volksbuchhandlung. Höttingen-Zürich.

Für Kassel.

Für dauernde Beschäftigung und unter günstigen Bedingungen sucht einen tüchtigen, erfahrenen **Büchsenmachergehilfen** (sowie zwei Lehrlinge, am liebsten Söhne von Parteigenossen, 1, 25] **J. Hies, Büchsenmacher, Mittelgasse 22.**

Unsere Abonnenten in der Schweiz

zur gef. Kenntniss, daß wir diejenigen bisherigen Abonnenten, welche die Annahme unseres Blattes seit Beginn dieses Quartals nicht ablehnten, auch für das laufende Quartal als Abonnenten vortragen und Nachnahme sofort nach Ausgabe von Nr. 41 erheben werden, sofern die betreffenden Abonnementsbeträge nicht schon eingeliefert wurden.

Abonnements auf den „Sozialdemokrat“

werden ausser beim Verlag und dessen bekannten Agenten — sowohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegengenommen bei folgenden Filialen und Verkaufsstellen:

- Zürich Volksbuchhandlung, Casinostrasse 3, Höttingen.
- Winterthur Deutscher Arbeiterverein, Haldenstrasse.
- Aarau E. Gennert, Ziegelrain 705.
- Basel Deutscher Verein.
- Bern Restaurant Schmutz, Aarburgstrasse 52. Deutscher Verein.
- Chur F. Pfann, Buchdruckerei Conzett.
- Zug J. Lanz, im Allgem. Arbeiterverein.
- Luzern W. Wagner, Hofstrasse 41 a.
- Genf Deutscher Verein.
- Frauenfeld Deutscher Verein.
- Lausanne Arbeiter-Leseclub, „Café Vaudois“, Place de la Riponne.
- St. Imier Deutscher Verein.
- Biel Friedrich Zoller, bei Wittwe Anor, Kesselgraben.
- Schaffhausen L. Vogler, zum goldenen Schwanen.
- Paris A. Vogel, Passage Rochebrune 8. André Sondag, 13 rue d'Atlas (Villette). Franz Kreze, 182 rue Faubourg, St. Antoine.
- Kopenhagen K. O. Hördum, Römorgade 22 Stuen.
- Brüssel (bei bekannten Adressen).
- Liège Café des quatre Nations, rue Chapello des Cleres. Kools, rue St. Marguerite 337.
- Verviers Charles Piereaux, 20 rue de Luxembourg, Andrimont.
- Amsterdam Café Cosmopolite, Dykstr. 33.
- Antwerpen Ph. Coenen, rue Damburgeo 11.

H. Rackow, 35 Charlotte Street Fitzroy Square W. Mr. H. Schwelzer, 38 Church Lane, Court Road. Mr. H. Schackwitz, Friseur, 10 Featherstone Str., City. Mr. Taube, Edward Street, Soho. J. W. Goodblood, Tobaccoist, 29 Foley Street, Cleveland Street.

Castelford bei Yorkshire Theobald Völkel, 1 Dentonterrassen. Glasgow A. Schnolder, 27 Parliamentary Street. Bukarest Carl Bindan, Strada Catan 14.

John Heinrichs, 175 Orchard Street. H. Nitzsche, 548, 9. Avenue, City. Jos. Strauss, 356 East. 19 Street. A. Höhne, care of „New-Yorker Volkszeitung“, 184 William Street. Jean Gross, 176 Ost 3. Street.

Philadelphia W. F. Schmidt, Nr. 613 Callowhill Street, care of Philad. Tageblatt. F. W. Fritzsche, 325 Callowhill Street.

Chicago JII. A. Lanfermann, 349 Divisionsstreet. De Clerque & Wiggemhorn, 107. 5. Ave.

Cincinnati, O. C. Schumann, 16 Mercer Street. St. Louis, Mo. Gebr. Herminghaus, 1805 Franklin Avenue. Lawrence, Mass. Louis Martin, 35 Park Street. Buenos-Aires Aug. Latzky, Calle de Montevideo 89. San Francisco, Cal. C. Blass, Natoma Street 611.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

©Schweizerische Central-Verlagsanstalt Höttingen-Zürich.